

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Josef Nogglar
Bozen

Bozen, den 30. Januar 2019

B E S C H L U S S A N T R A G

Abschaffung bzw. Reduzierung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF

Die arbeitende Bevölkerung und die Rentner haben es immer schwerer, einen angemessenen Lebensstil zu führen. Die letzten Zahlen über die Armut belegen, dass in Südtirol viele Menschen mit einer Mindestrente von weniger als 500 Euro auskommen müssen, was weit unter dem Lebensminimum liegt. Der so genannte Mittelstand droht angesichts der hohen Steuer- und Bürokratielast ebenfalls unter die Räder zu kommen.

Während die Löhne stagnieren und territoriale Zusatzverträge weiterhin nicht erkennbar sind, steigen die Preise und Lebenshaltungskosten kontinuierlich an. Besonders ins Gewicht fallen die ständig steigenden Wohnungs- und Energiekosten, was für Familien und Rentner zunehmend zu akuten Problemen führt. Die Sparpakete der italienischen Regierung treffen Klein- und Niedrigverdiener ebenso wie den Mittelstand und haben zu einem weiteren Kaufkraftverlust geführt.

Die Politik hat die Aufgabe, nach Wegen zu suchen, die Bürger vom hohen Steuerdruck zu befreien. Bekanntlich ist der regionale Zuschlag auf die IRPEF die einzige Einkommenssteuer, bei der das Land einen Gestaltungsspielraum hat. Eine gänzliche Abschaffung des IRPEF-Zuschlags würde zwar eine Mindereinnahme im Landeshaushalt bedeuten, der entsprechende Ausfall könnte jedoch nach Abklingen der Finanz- und Wirtschaftskrise und infolge des anhaltenden Konjunkturaufschwungs weitgehend abgedeckt werden. Dazu muss festgehalten werden, dass den Bürgern dieses Geld in der Tasche bliebe, würde das Land auf 0,9 Prozent (inzwischen vom Staat mit 1,23% festgelegt) der Bruttoentlohnung der Lohnabhängigen verzichten.

In einigen Gemeinden des Landes wird auch noch eine kommunale IRPEF-Steuer eingehoben. Die Politik in Südtirol hat die Aufgabe, den Steuerdruck überall dort abzumildern, wo die Möglichkeit dazu besteht. Den Bürgern wird insgesamt durch spürbare Steuerentlastungen mehr und direkt geholfen als durch bürokratische Subventionsmechanismen, die letztendlich einer reinen Umverteilung gleichkommen. Diese nützt zudem nicht immer den wirklich Bedürftigen, sondern öffnet großen Spielraum für „Schlaumeier“ und Schwindler.

Der Südtiroler Landtag spricht sich grundsätzlich für eine Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF zum ehest möglichen Zeitpunkt aus.

Angesichts des möglichen Gestaltungsspielraumes aufgrund der positiven Wirtschaftsdaten und festgestellt, dass der Südtiroler Landtag am 13. Februar 2014 einen Antrag der Freiheitlichen angenommen hat, indem er sich grundsätzlich für die Abschaffung des regionalen IRPEF-Zuschlages zum ehest möglichen Zeitpunkt ausgesprochen hat,

v e r p f l i c h t e t

der Südtiroler Landtag die Landesregierung,

- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ab dem Jahr 2020 der regionale IRPEF-Zuschlag nur auf jene Einkommen erhoben wird, die 35.000 Euro überschreiten;
- innerhalb 2021 den regionalen IRPEF-Zuschlag abzuschaffen bzw. nicht mehr einzuheben.

L. Abg. Ulli Mair

L. Abg. Andreas Leiter Reber